

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Gebührensabnahme 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
 Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
 Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellspalte oder deren Raum 1.30 Mk., bei Tagesanfang 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellspalte 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluss der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung meldet aus Breslau: Von einzelnen teils amtlichen, teils privaten Korrespondenzbüros werden noch fortgesetzt Nachrichten verbreitet, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehen und zur Beunruhigung der Provinz und des Reiches beitragen. Tatsache ist, daß das Verbrechen und das Bandenwesen in der Provinz Schlesien noch einen Umfang haben, der weit über das normale Maß hinausgeht. Aber es ist falsch, diese Nachwehen der politischen Unruhen heute noch als solche zu bewerten. Die politische Beruhigung des Landes geht weiter. Im Gegensatz dazu steht es nicht, daß die Gerichte vollkommen überlastet sind, die Strafkammern vermehrt werden müssen und die Schwurgerichtsperioden 50 und mehr Fälle umfassen. Der ländliche Teil der Provinz ist eben infolge des ungenügenden Grenzschutzes und der polnischen Hegeagitation noch von verwilderten polnischen Banden überflutet. Ihre Absichten gehen aber nicht auf politische Ziele, sondern im wesentlichen auf Raub und Einbruch. Insofern dürfte die von Le Rond in Aussicht genommene Vermehrung der Abstimmpolizei und eine energische Razzia besonders im Kreise Rybnik geboten sein.

Deutsche Nachrichten aus Oberschlesien melden immer wieder Vorbereitungen für einen neuen polnischen Putsch. Die neue Aktion, die nach früheren Meldungen bereits am 18. September einleiten sollte, soll nun angeblich in der Nacht vom 22. zum 23. September beginnen. Die Meldungen stützen sich hauptsächlich auf angeblich aufgefangene Befehle, die von einem polnischen Oberkommando in Sosnowice ausgehen sollen. Nach einer Mitteilung der Breslauer Volkswacht ist es der Kriminalpolizei gelungen, ein polnisches Bureau in der Breslauer Obervorstadt auszuheben. Angeblich wurden wichtige Dokumente und Listen gefunden. Auch ein Staatsbeamter soll nach dem genannten Blatt in den Listen als polnischer Agitator verzeichnet sein. Drei angetroffene Personen wurden verhaftet.

Rückkehr des Generals Le Rond?

Berlin (Oberschl.), 23. September. Nach der Polnischen Kronzeitung wird der Polnischen Telegraphen-Agentur aus angeblich gutunterrichteten Kreisen in Paris berichtet, der Botschaftsrat Billige vollkommene die Politik des Generals Le Rond. Dieser werde auf seinem ober-schlesischen Posten verbleiben und in alternativer Zeit dorthin zurückkehren.

Von einem französischen Offizier erschossen.

Breslau, 23. September. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Oppeln wurde dort gestern abend auf der Rosenbergstraße der Eisenbahnwärtin Franzel von einem französischen Offizier erschossen.

Oberschlesische Kohlen für Ungarn.

Berlin, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einer Mitteilung der mitteleuropäischen Kohlenkommission haben die Deutsche und die ungarische Regierung auf Anregung der Reparationskommission eine Vereinbarung getroffen, nach der Deutschland an Ungarn vorläufig dreißig Eisenbahnzüge ober-schlesische Kohle zu Druschwosten liefert. Die gelieferten Mengen werden von Ungarn bar bezahlt. Es sind bereits vierzehn Züge abgegangen. Das Abkommen hat in weiten Kreisen Erstaunen hervorgerufen, da, wenn auch die Tatsache des ungarischen Kohlenmangels besteht, doch der Kohlenmangel Deutschlands nicht geringer sein dürfte.

Noch keine Räumung der besetzten italienischen Fabriken.

Berlin, 23. Sept. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom: Oberatore Romano fordert die Polizei zur Wachsamkeit auf, da seitens der Extremen ein Angriff auf den Lateran-Palast und die Besetzung einiger Klöster geplant sei.

Die Metallarbeiter, mit Ausnahme einiger anarchistischer Losköpfe, erklärte sich mit den Abmachungen zwischen den Gewerkschaftsführern und den Industriellen befriedigt, nicht so die Industriellen, welche sagen, sie hätten nur nachgegeben, weil die Regierung sie zwang. Sollten die Arbeiter in diesem Jahr ihre Leistungen erhöhen, so könnten die Industriellen die Krise überwinden.

Die Räumung der Fabriken ist noch nicht erfolgt. Die Mehrheit der Turiner Arbeiterschaft will überhaupt nichts davon wissen. Doch will heute oder morgen der Kongress der Arbeitskammern die Räumung kategorisch verfügen. Der Popolo Romano führt das Hiniausgehen darauf zurück, daß die revolutionären Elemente in den Fabriken ihre Waffen in Sicherheit bringen möchten, um sie für alle Fälle zur Verfügung zu haben.

Rom, 24. September. (W. T. B.) Die Räumung der Fabriken ist abermals hinausgeschoben worden. Die Abkündigung sämtlicher Metallarbeiter, die auf Freitag anberaumt ist, muß zum römischen Abkommen Stellung nehmen. Inzwischen versucht der Metallarbeiterverband zusätzliche Konzessionen herauszuschlagen, insbesondere die Besetzung der während der Besetzung geleiteten Arbeit, sofortige Gewährung mehrerer bezahlter Ferientage zwecks Inventarisierung und schließlich Aburteilung der Ueberariffe gegen die Arbeiter vor der geschehenen Räumung.

Neue Zusammenstöße in Italien.

Lugano, 24. Sept. (It.) In Turin kam es bei der Verdrängung zweier Hafenarbeiter zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Polizei, in dessen Verlauf mehrere Personen getötet und viele verletzt wurden. — In Rom sind nach dem Bericht des Cortiere della Sera gestern wiederum von wohnungslosen Arbeitern Häuser besetzt worden.

Millerand Präsident von Frankreich.

Paris, 24. Sept. (It.) Der Kongress trat am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, zur Wahl des Präsidenten der Republik zusammen. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 892 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Millerand 895, auf Doumergue (soz.-rad.) 106, Delors (sozial.) 69, Jannart (linksrep.) 3, auf Leon Bourgeois (radikal.) 3, Vans 2, Perot 2 und General Madun 1 Stimme. Der Präsident des Kongresses, Leon Bourgeois, erklärte hierauf Millerand als vom Kongress zum Präsidenten der Republik gewählt.

Millerand über seine Aufgabe als Präsident.

Paris, 23. September. (Havas.) Nach einer Sitzung der Nationalversammlung übernahm Justizminister Poincaré Millerand die Urkunde seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik und brachte ihm im Namen der Regierung seine Glückwünsche dar. Millerand antwortete u. a.: „Das heutige Frankreich muß seine Ruinen wieder aufbauen, muß seine Banden verbinden, und um dies zu erreichen, muß es die vollständige Durchföhrung aller auf der Grundlage des Pariser Friedensvertrages ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erlangen. Der Präsident der Republik hat die besondere Aufgabe, unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kommissionen die Fortsetzung einer auswärtigen Politik zu sichern, die unserer Siege und unserer Taten würdig ist.“ Die Rede Millerands wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf begab sich der neue Präsident ins Elysee, wo ihm der Justizminister das Amtssiegel des Kabinetts überreichte und statete dann den Präsidenten der Kammer und des Senats einen Besuch ab und empfing die Vorsitzenden der verschiedenen Parlamentsgruppen. Er erklärte ihnen, er gäbe zur Fortsetzung des unternommenen Werks darauf, mit den Mitgliedern des Parlaments in enger Föhlung zu bleiben.

Erfolgreicher Einigungsversuch des englischen Arbeiterdreibundes.

London, 23. September. Die Konferenz zwischen Lloyd George und den Delegierten des Arbeiterdreibundes am Mittwochabend dauerte 3 1/2 Stunden. Die Delegierten des Dreibundes werden über die Verhandlungen am Donnerstagvormittag in einer Vollversammlung Bericht erstatten. Es verstant, daß Lloyd George seinen Standpunkt aufrechterhalten habe, daß die Frage der Lohn-erhöhungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten sei.

London, 23. September. (Reuter.) Die heutige Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat den Vorschlag Smillies, zum zweitenmal abzutreten, ob die Forderung der Lohn-erhöhung einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, abgelehnt.

Italien verweigert Litwinow die Einreise.

Eine Meldung der Kosta in Wien aus Moskau berichtet: Im Momente, wo die britische Regierung mit Entstellungen und verbrecherischem Betrug Sowjetrußland zu diskreditieren sucht, wird dasselbe Spiel in Italien gespielt, das durch Skandalofferten an den britischen Imperialismus geteilt ist. Italien weigert sich Litwinow zu empfangen und gibt als einzigen Grund an, daß England Litwinow nicht liebe. Sowjetrußland kann nicht zulassen, daß seine besten Diplomaten durch britische Intrigen zur Unbewusstheit verurteilt werden. Gegen Litwinow besteht keine ernste Einwendung. Wenn der italienische Außenminister Sforza keine Beziehungen mit Rußland aufnehmen will, wird das italienische Volk ohne Getreide und Öl bleiben, die bereit stehen.

Schlapnikow nach Norwegen verschleppt?

Aus Bodö (Norwegen), wird der „Kosta“ gemeldet: Der Führer der Delegierten des russischen Gewerkschaftsbundes, Schlapnikow, der in Stockholm festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht wurde, über den die Polizei jede Auskunft verweigerte, ist, laut dem Nordlandets Sozialdemokraten, unter polizeilicher Bedeckung von Stockholm nach Norwegen gebracht worden. In Begleitung eines schwedischen Detektivs ist er Sonnabend in Narvik angekommen, von wo ein norwegischer Detektiv ihn weiter nach Bardö brachte. Sowohl die Schwedische, als auch die norwegische Regierung haben alles getan, um die Reise geheim zu halten.

Die Entente fordert Auflösung der Abwicklungsjellen.

Berlin, 24. Sept. (It.) Die internationalisierte Kontrollkommission hat an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, für die sofortige Auflösung der noch vorhandenen Abwicklungsjellen bis zum 30. September d. J. Sorge zu tragen. Ueber das Ersuchen finden zur Zeit zwischen der Reichsregierung und der Kommission Verhandlungen statt.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Von Dr. Alfred Brauntal (Berlin).

Einer der wenigen dürftigen Erfolge der Niedererschlagung des Kapp-Putschs war bekanntlich die neuerliche Einberufung der im Jahre 1919 lang- und klanglos verschiedenen Sozialisierungs-kommission. Sie hat auch diesmal, bescheiden oder entsprechend dem gegenwärtig herrschenden Kurs, noch bescheidener als im Vorjahre sich auf die drängendste Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschränkt.

Der Gang der Revolution oder vielmehr der Reaktion nach der Revolution vom 9. November hat es den Arbeitern zur Genüge klargemacht, daß der Sozialismus nur das Ergebnis einer neuerlichen Revolution, der völligen Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat sein könne. Wir geben uns darum von vornherein über das in der heutigen noch durch und durch kapitalistisch organisierten und von den kapitalistischen Klassen beherrschten Gesellschaft Erreichbare keinen Illusionen hin und stellen unsre Forderung nicht wie die Mehrheitssozialisten auf eine schrittweise auf parlamentarischem Wege durchzuföhrende Sozialisierung ein. Trotz dieses prinzipiellen Vorbehalts ist es aber untre Pflicht, jeden, auch den bescheidensten Schritt zur Sozialisierung der Wirtschaft zu unterstützen, an ihm mitzuarbeiten und unsre ganze Kraft dazuzusetzen, ihn soweit als möglich zu treiben, wobei wir uns natürlich immer seiner Unzulänglichkeit und Beschränktheit bewußt bleiben müssen. Der Bericht der Sozialisierungskommission verdient deshalb die erste Beachtung von unserer Seite und der Vorschlag 1, der unter Mitwirkung untrer Genossen Prof. Falkob, Hilsberding und Kautsky zustande gekommen ist, energigste Förderung durch Propaganda und parlamentarische Tätigkeit.

Die Sozialisierung der Kohle ist eine in den Programmen aller sozialistischen Parteien wiederkehrende Forderung, sie kann als die nächste und dringendste Forderung des gesamten Proletariats angesehen werden. Den Grund dafür haben wir erstens in der überragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kohle zu suchen, die das Privateigentum auf diesem Gebiet als eigen unentzähllich den Druck auf die gesamte Volkswirtschaft empfinden läßt, während die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit über die Kohle ein kräftiger Hebel zur Ueberwindung der privatkapitalistischen Produktion werden könnte. Zweitens aber besitzt das Privateigentum im Kohlenbergbau einen monopolistischen Charakter, der selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus ungerecht bezeichnet werden muß. Der Besitzer älterer Bergwerke arbeitet nämlich unter günstigeren Bedingungen, das heißt mit geringeren Produktionskosten als der Besitzer jüngerer oder gar erst zu erschließender. Da der Verkaufspreis der Kohle aber der gleiche ist, so erhält er über den normalen Durchschnittsprofit hinaus noch eine Rente, die sogenannte Differentialrente.

Aus diesen Gründen galt der erste Vorschlag der Sozialisierungskommission des Jahres 1919 der Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Sein Schicksal war ebenso schmachlich wie das der Kommission selbst. Das Kohlenwirtschaftsgesetz, das die Nationalversammlung am 23. März 1919 beschloß, nahm sich wie eine Verhöhnung des Vorschlags der Kommission aus. Das Privateigentum im Kohlenbergbau wurde voll aufrechterhalten — selbst die bescheidene Forderung der Minderheit der Kommission, die Differentialrente weggesteuert, fiel unter den Tisch —, ein Reichskohlenverband wurde geschaffen, der nichts anderes ist als eine Zusammenfassung der Syndikate, und ein Reichskohlenrat ohne jegliche Machtbefugnisse, so daß ihm selbst die Mitbestimmung der Preise verweigert bleibt. Bestenfalls kann die durch dieses Gesetz geschaffene Kohlenwirtschaftsorganisation als eine Kauaufgabe der Kriegswirtschaftsorganisation bezeichnet werden, insofern als die Preisfestsetzung unter der Kontrolle des Reiches steht. Das Unzulängliche dieser Organisation wurde sogar von der gegenwärtigen Regierung eingesehen, die einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, wonach der Reichskohlenverband beseitigt und die Befugnisse des Reichskohlenrats erweitert werden sollen. Gegenüber dieser Halbtat fordert die Sozialisierungskommission ganze Arbeit.

Es wurden von der Sozialisierungskommission wieder wie im Vorjahre zwei Vorschläge ausgearbeitet, beide von je 11 Mitgliedern unterzeichnet. Von größtem Interesse für uns ist der Vorschlag I als der weitergehende — die Ausichten für seine Gesetzgebung unter dem gegenwärtigen Regime sind natürlich dementsprechend geringer. Der Vorschlag liegt bereits in Form eines Gesetzentwurfs vor, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Alle privaten und kapitalistischen Kohlenbergwerke — Stein- und Braunkohle — und Betriebe zur Verkohlung der Kohle usw. werden in das Eigentum einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, der Deutschen Kohlen-gesellschaft übernommen. Es findet also eine sofortige Enteignung der Kohlenbergwerksbesitzer statt, aber gegen „angemessene Entschädigung“. Wie hoch die Entschädigung festgesetzt und wie die Beträge dafür aufgebracht werden sollen, darüber spricht sich der Vorschlag nicht aus. Wir werden uns auf den Standpunkt stellen müssen: Wenn schon bei-